

## Das Wirtschaftswunder II: Internationale Aspekte

### 1. (Noch mehr) stilisierte Fakten zur deutschen Außenwirtschaft

a. *Außenhandel.* (1) Zunehmende Außenhandelsverflechtung gemessen am Verhältnis von Exporten u. Importen zum BIP. – (2) nach der Zahlungsbilanzkrise am Beginn des Koreakriegs (1950/51) permanenter u. wachsender Überschuss in der Handelsbilanz. – (3) Bedeutungsgewinn W-Europas als Handelspartner. – (4) Spezialisierung auf Maschinen- u. Fahrzeugbau; Exportanteil dieser Güter 1951 27%, 1960 44%, 1970 46%.

b. *Phasen monetärer Regimes.* (1) Erst mit der Gründung der *Europäischen Zahlungsunion* (EZU) 1950–1958 umfassender Ansatz zur Multilateralisierung des seit den 1930er J. bilateral vereinbarten Handels unter weitgehender Vermeidung des Einsatzes von Devisen. Die EZU installierte in Westeuropa ein *multilaterales Zahlungsregime*. – (2) 1958 *volle Konvertibilität* der westeuropäischen Währungen u. System fester Wechselkurse entsprechend dem Regime von *Bretton Woods* (1944): Wirtschaftssubjekte können US\$ frei erwerben; Zentralbanken halten durch Käufe u. Verkäufe von eigener Währung den Wechselkurs stabil. Nur das US-amerikanische Zentralbankensystem gewährleistet die Konvertibilität in Gold. – (3) *Zusammenbruch des Bretton Woods-Regime* u. Übergang zu flexiblen Wechselkursen 1973.

### 2. Rückkehr zu einem multilateralen Handels- und Zahlungssystem

a. *Die Konferenz von Bretton Woods* (1944) zur Festlegung einer Wirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit. Hauptelemente: (1) Übergang zu konvertiblen Währungen mit festen Wechselkursen binnen 3 Jahren. Die Umsetzung erwies sich allerdings angesichts der hohen Leistungsbilanzdefizite Westeuropas gegenüber den USA (sog. »Dollar-Lücke«) als unmöglich. – (2) Stabilisierungsmechanismus im Falle von Zahlungsbilanzproblemen unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF). – (3) *GATT* (General Agreement on Tariffs and Trade) gegr. 1947 mit dem Ziel der Handelsliberalisierung blieb bis in die 1950er J. von geringer Bedeutung.

b. *Dollar-Klausel der Alliierten für den deutschen Außenhandel* (1945; BUCHHEIM 1990). Es waren nur lebensnotwendige Importe u. Exporte zu von den Militärgouverneuren festgesetzten Preisen mit Bezahlung in US\$ vorgesehen. Ziel der letzteren Maßnahme war die Erwirtschaftung von Devisen zum Ausgleich der für die Besatzungskosten benötigten Transfers. Angesichts der Devisenknappheit bei den Handelspartnern führte dies zur Diskriminierung von Importen aus D sowie zu einem sehr geringen Außenhandel.

c. *Der Marshall-Plan und die deutsche Wirtschaft* (HARDACH 1994). (1) *Motive, Ziele.* Das *European Recovery Programme* (ERP) 1948–51 führte die Nachkriegshilfe der USA als stärker strukturiertes Programm fort. Das ERP sollte durch Transfers von US\$ nach Westeuropa die »Dollarlücke« lindern u. durch die Förderung supranationaler Mechanismen (OEEC, heute OECD: ursprünglich Koordinationsgremium für die Verteilung von Marshall-Plan-Hilfe; EZU) den innereuropäischen Handel fördern. Letzteres sollte ebenfalls das Leistungsbilanzdefizit gegenüber den USA abbauen. Darüber hinaus zielte der Marshallplan durch die die Verbesserung der materiellen Lage in Europa auf

ein Zurückdrängen der kommunistischen Bewegungen u. eine Reduktion der amerikanischen u. britischen Besatzungskosten in D angesichts des aufziehenden Kalten Kriegs.

(2) *Marshall-Plan-Hilfe in Deutschland.* Die Westzonen wurden v.a. wegen der Forderung der amerikanischen Militärregierung in den Plan einbezogen. Verhältnis ERP-Mittel / BIP 1948/49 in F u. I gut 5%, in BRD u. GB ca. 2,5%. ERP-finanzierte Importe entfielen v. a. auf Nahrungs- u. Futtermittel sowie Rohstoffe: Der Marshallplan stellte v.a. Inputs für brachliegende Produktionskapazitäten zur Verfügung (inkl. verbesserte Ernährung). Importeure bezahlten für die Importe heimische Währung. Diese sog. Gegenwertkonten wurden u. a. in der BRD zu staatlicher Investitionslenkung benutzt: V. a. Finanzierung von Investitionen in die Beseitigung von Engpässen im Bereich von Transportinfrastruktur u. Energieversorgung → Unterstützung der raschen Inwertsetzung des industriellen Kapitalstocks im Wiederaufbau → Beitrag zum »Wirtschaftswunder«.

d. *Liberalisierung des Außenhandels und multinationale Verrechnung im Rahmen der EZU* (1950–1958; EICHENGREEN 1993). (1) *Motive.* Der europäische Handel der frühen Nachkriegszeit wurde zunächst als Erbe der NS-Zeit durch bilaterale Abkommen geregelt. Der Wiederaufbau in der 2. H. 1940er J. führte rasch zu Ungleichgewichten im bilateralen Handel, so dass einzelne Handelsströme eingeschränkt werden mussten. Fazit: Der Wiederaufbau der westeuropäische Arbeitsteilung erforderte konvertible Währungen oder mindestens einen multilateralen Verrechnungsmechanismus.

(2) *Grundzüge der EZU.* Jedes Land erhielt eine Quote im Umfang von 15% seines Außenhandels im EZU-Raum 1949 zugewiesen. Länder bauten Forderungen oder Schulden nicht mehr gegenüber Handelspartnern, sondern gegenüber der EZU auf. Bilanzüberschüsse u. –defizite wurden unterhalb der Quote nur zum Teil durch Gold bzw. Devisen ausgeglichen, d. h. Überschussländer beteiligten sich teilweise an der Defizitfinanzierung. Länder, die ihre Quote zu erschöpfen drohten, hatten wirtschaftspolitische Auflagen seitens der OEEC zu gewärtigen. Zugleich Verpflichtung zum Abbau quantitativer Handelsbeschränkungen.

(3) *Erfolg der EZU; die deutsche Zahlungsbilanzkrise von 1950/51.* Die EZU trug zu einer raschen Entwicklung des innereuropäischen Handels bei. In der BRD verdoppelten sich Importe v.a. von Rohstoffen zwischen Sommer 1949 u. Herbst 1950, was (ohne parallele Steigerung der Exporte) zu einer raschen Erschöpfung der Quote u. – mangels Devisen – einer Zahlungskrise führte. In Kooperation mit der EZU/OEEC u. den Alliierten wurde die Krise bewältigt durch eine Reduktion der dt. Geldversorgung, temporäre Einschränkung der Importe durch nicht-tarifäre Maßnahmen (inkl. Aussetzung der Liberalisierung) u. Versprechen einer kontraktiven Fiskalpolitik als Gegenleistung für eine Erhöhung der Kreditlinie der BRD bei der EZU. In Abstimmung mit anderen Länder erfolgte so eine Anschubfinanzierung für den Rückkehr der BRD in die europäische Arbeitsteilung als Lieferant v.a. von Kapitalgütern (BERGER/RITSCHL 1995).

e. *Der Koreaboom als Motor des Wirtschaftswunders?* These: Der Ausbruch des Koreakriegs im Sommer 1950 führte zu einem Nachfrageimpuls nach dt. Exportgütern: Rüstungsproduktion steigert bei den Krieg führenden Staaten die Nachfrage nach Maschinenbauprodukten, wobei weltweit v. a. die BRD über freie Kapazitäten verfügte →

1950–1955 stiegen die Exporte von Maschinen um den Faktor 3 (ABELSHAUSER 2004; GIERSCH et al. 1994). Kritisch dagegen TEMIN (1995): Die positive Abweichung der Exporte vom mittelfristigen Trend war gering; die mit dem Krieg verbundene Preissteigerung von Rohwaren verschlechterte die Terms of Trade (Export-/Import-Preise) der BRD.

f. *Londoner Schuldenabkommen 1953* (ROMBECK-JASCHINKI 2005) regelte deutsche Restverpflichtungen aus Reparationen des 1. WK, den 1931/34 suspendierten Auslandsschulden sowie den sich aus Besatzungskosten u. Krediten der ERP-Hilfe ergebenden Nachkriegsforderungen der Westalliierten. Festsetzung auf 14 Mrd. DM, Zahlung bis 1988. Die Summe lag bei einem kleinen Anteil der ursprünglichen Forderung u. berücksichtigte die deutsche Wirtschaftskraft (Exportvolumen 1952 ca. 17 Mrd. DM).

### 3. Die Anfänge der europäischen Integration: Montanunion und EWG

a. *Interessenkonstellation*. F verfügt über keine nennenswerten Kohlevorkommen u. strebte deshalb seit 1918 die Kontrolle über die Ruhrkohle an. Umgekehrt in D Diskriminierung von Kohleexporten durch unter dem Marktpreis liegende Transferpreise in integrierten Kohle-/Stahlkonzernen u. überhöhte Transportkosten. Nach dem 2. WK stellte dies ein Hindernis für den frz. Modernisierungsplan (ab 1946) dar. Zerschlagung dt. Stahl-/Kohle-Konzerne, Aufteilung der Ruhrkohleproduktion auf Exporte u. lokalen Verbrauch u. Limitierung der dt. Stahlproduktion auf 7,5 Mio. t 1946 dienten französischen Interessen. Widerspruch zu den Interessen der USA, die den dt. Aufschwung zwecks Reduktion der Besatzungskosten förderten u. 1947 eine Erhöhung der dt. Stahlquote auf 11 Mio. t durchsetzten. EGKS suchte diesen Interessengegensatz durch integrierten u. supranational kontrollierten Markt für Montansektor zu beseitigen.

b. *Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS bzw. »Montanunion«; GILLINGHAM 1992). Die EGKS entstand aus dem Schuman-Plan (1950; Außen-Min. F) unter französischer Verhandlungsführung von J. Monnet (»Gründervater Europas«). Ergebnis war eine erste supranationale Behörde mit autonomer Entscheidungsbefugnis, die wesentliche Strukturelemente der späteren EWG vorwegnahm. Ablösung der alliierten Kontrolle über die dt. Montanindustrie durch Einbindung der BRD in europäische Kooperation. Wirtschaftliche Bedeutung dagegen gering, da sich Marktstrukturen kaum veränderten; Ausnahme: Zunahme v. a. süddeutscher Stahl-Importe aus F (Lothringen).

c. *Die frühe EWG* (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft; ab 1958). Ausweitung der EGKS auf Zollabbau im Industriesektor u. Gemeinsame Agrarpolitik. Bis 1968 wurden in drei Reduktionsrunden alle Zölle im Handel zwischen den Mitgliedsländern aufgehoben → Handelsumlenkung: Anteil der Exporte der BRD in den EWG-Raum stieg 1957–1970 von 26,7% auf 40,1%.

### 4. Wachstum durch Ausnützung des Potentials für Catch-up

a. *Hypothesen*. (1) Angenommen es gilt weltweit eine einheitliche Produktionsfunktion mit sinkenden Grenzerträgen und Substituierbarkeit von Produktionsfaktoren. Ein Land in dem ein Faktor relativ knapp ist (z. B. Kapital) kann dann rascher wachsen als ein Land, in dem dieser Faktor reichlicher vorhanden ist. Die internationale Angleichung von

Faktorproportionen führt über die Zeit hinweg zu Konvergenz. – (2) Technologisch zurück liegende Länder können durch Imitation von Produktionsverfahren u. die Übernahme effizienter Organisationsformen zeitweise ein höheres Wachstum erzielen als das technolog. führende Land, weil Entwicklungskosten entfallen. Da allerdings die Menge an kopierbaren Ideen begrenzt ist u. zunächst die Verfahren bzw. Organisationsformen mit den höchsten Grenzerträgen imitiert werden, sinken Wachstumsraten im Zeitverlauf, das Wachstum verlangsamt sich → Konvergenz des Wachstums von zuerst innovierendem Land (*first mover*) u. Nachzüglern (*followers*).

b. *Evidenz* (LINDLAR 1997: Kap. 7). USA entwickelte sich 1. H. 20. Jh. zum führenden Land, dessen Produktionsverfahren kapitalintensiv waren u. Skalenerträge aufwiesen. Europa blieb demgegenüber zurück: Kapitalintensität in W-Europa im Vgl. zu den USA: 1890 67%, 1913 47%, 1950 37%. Zudem besaßen deutsche Arbeitskräfte seltener eine universitäre Ausbildung (Anteil der 15–64jährigen): 1913 D 0,09, USA 0,2; 1950 D 0,14, USA 0,45. Nach dem 2. WK schufen hohe Investitionen u. bessere Ausbildung der Arbeitskräfte (der Universitätsbesuch stieg 1950–1973 um ca. 40%) die Voraussetzungen für die Übernahme amerikanischer Technologie. Im internationalen Vergleich wuchsen Länder, die ein im Vergleich zu den USA besonders niedriges Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen, in der frühen Nachkriegszeit besonders stark (z. B. GB vs. D, I).

c. *Qualifizierung*. Innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren fand nur eine geringe Annäherung der technischen Effizienz zwischen BRD u. USA statt. Die Übernahme amerikanischer Technologien erfolgte v. a. bei der Produktion langlebiger Konsumgüter (insbes. Autoindustrie) u. chemischen Produkten (Umstellung von Verfahren auf petrochemische Basis). Besonders im Maschinen- u. Apparatebau dauerte dagegen ein spezifisch dt. Technikstil fort: geringere Betriebsgröße, großes Gewicht gut ausgebildeter Arbeiter, Konzentration auf qualitativ hochwertige Produkte.

### Zitierte Literatur

- ABELSHAUSER (2004), GIERSCH et al. (1994), LINDLAR (1997) wie 31.05.2022.  
 BERGER, Helge und Albrecht RITSCHL: »Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa: eine neue Sicht des Marshallplans in Deutschland 1947–1951«, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), 473–519.  
 BUCHHEIM, Christoph: *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958* (München: Oldenbourg, 1990).  
 EICHENGREEN, Barry: *Reconstructing Europe's trade and payments: the European Payment Union* (Manchester: Manchester University Press, 1993).  
 GILLINGHAM, John: *Coal, steel and the rebirth of Europe: the Germans and French from Ruhr conflict to economic community, 1945–1955* (Cambridge: UP, 1992).  
 HARDACH, Gerd: *Der Marshall-Plan* (München: dtv, 1994).  
 ROMBECK-JASCHINKI, Ursula: *Das Londoner Schuldenabkommen: die Regelung der deutschen Auslandsschulden ...* (München: Oldenbourg, 2005).  
 TEMIN, Peter: »The 'Koreaboom' in West Germany: fact or fiction?«, *Economic History Review* 48 (1995), 737–753.